

Das System ist überhitzt

Fehlentwicklungen in der Forschungsfinanzierung müssen korrigiert werden

Im Frühjahr 2024 schlossen sich einige Organisationen zusammen, um mit einer Veranstaltungsreihe eine kritische Bestandsaufnahme der Wissenschaftsfinanzierung mit ihren Folgen für das Wissenschaftssystem und die in der Wissenschaft Beschäftigten vorzunehmen. Daraus wurden Forderungen entwickelt, die das Bündnis im Mai 2024 mit einem »Lernenden Manifest« zur Diskussion stellte. Bei vier Gesprächsveranstaltungen und in deren Umfeld entfaltete sich eine Debatte, die zu verschiedenen »Learnings« bei den beteiligten Akteuren führte. Im Vorfeld der Bundestagswahl wurde das Lernende Manifest um einige Thesen ergänzt, Sonja Bolenius und Stefani Sonntag stellen die Erweiterungen vor.



Der relative Anteil befristeter Projektmittel für die Forschung ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Nach einer Berechnung des Wissenschaftsrats speisen sich die Forschungsbudgets der Hochschulen inzwischen zu fast 46 Prozent aus »Drittmitteln«. Die massive Ausweitung von Drittmitteln in der Wissenschaftsfinanzierung bringt eine Reihe von Problemen mit sich, insbesondere für die Beschäftigungsverhältnisse von Wissenschaftler:innen während und in den ersten Jahren nach der Promotion, aber auch für das Wissenschaftssystem insgesamt.

Zwar gibt es einen breit geteilten Konsens, dass das aktuelle System der Forschungsfinanzierung »an seine Grenzen gelangt« ist (Wissenschaftsrat 2023), Fehlanreize setzt und einer dringenden Korrektur bedarf. Zugleich aber ist das Thema in der wissenschaftspolitischen Debatte vollkommen unterbelichtet und es fehlt an überzeugenden Re-

formvorschlägen. Vor diesem Hintergrund haben sich Aktive in einem breiten Bündnis aus dem Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutschen Gesellschaft Juniorprofessur (DGJ), dem freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), dem Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss) sowie der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zusammengetan und 2024 die Veranstaltungsreihe »Grundfinanzierung statt Projektwettbewerb: Die Wissenschaftsfinanzierung neu aufstellen«¹ initiiert.

Ausgangspunkt war die Einsicht, dass Änderungen des Status Quo nur realisierbar sein werden, wenn neue Ansätze von vielen Akteur:innen geteilt und konkrete Vorschläge in einem breiten, gemeinsamen, kritischen Diskussionsprozess entwickelt werden.



Um diesen Diskussionen einen konkreten Ausgangspunkt zu geben, wurde ein »lernendes Manifest«² zum Thema verfasst, das in der Reihe diskutiert und weiterentwickelt wurde. Das Lernende Manifest umfasste acht Thesen zur Problembestimmung und fünf thesenhafte Lösungsansätze.

Zu geringe Effizienz und Fehlallokation von Mitteln

Die Grundfinanzierung der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF) wurde in den letzten Jahren zunehmend durch Projektförderung ersetzt, die vorwiegend ebenfalls aus der öffentlichen Hand stammt. Nach einer Berechnung des Wissenschaftsrats speisen sich die Forschungsbudgets der Hochschulen inzwischen zu fast 46 Prozent aus »Drittmitteln«, bei den AUF liegt der Anteil etwa bei 15 Prozent. Der Wissenschaftsrat hat 2023 mit seinem Positionspapier zur Forschungsfinanzierung³ eine wichtige Grundlage für die Analyse der Situation und sich daran anschließende Debatten gegeben. Er attestiert dem System eine Vermischung von Finanzierungs- und Bewertungsfragen, die der Effizienz und Effektivität der Forschung, Organisationsentwicklung und Personalführung nicht dienlich ist. Besonders betroffen sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in frühen Karrierephasen, da sie einem besonderen Druck zur Einwerbung von Drittmitteln unterliegen. Gleichzeitig profitieren sie weniger vom sogenannten Matthäuseffekt (»Wer hat, dem wird gegeben.«) bei der Drittmittelvergabe als ar-

rivierte Forschende. Außerdem sieht der Wissenschaftsrat die Gefahr von falschen Anreizen bei der Themensetzung, wenn Forschungsvorhaben, die zum bestehenden Förderangebot passen systematisch begünstigt werden, was letztlich zudem zu einer Fehlallokation von Mitteln führen kann.

Diese Analyse ist aus unserer Sicht schlüssig und verdeutlicht den Handlungsbedarf auch der Politik. Angesichts der überraschend deutlichen Kritik an der Fehlentwicklung in der Wissenschaftsfinanzierung, greift der konkrete Korrekturvorschlag des Wissenschaftsrates jedoch erstaunlich kurz. Eine Erhöhung der Programmpauschalen auf 40 %, wie es der Wissenschaftsrat vorgeschlägt, würde zwar die Drittmittelgeförderten Hochschulen entlasten, an den Strukturproblemen jedoch nichts ändern. Die Ermutigung der relevanten Akteure (Länder, Bund, Förderorganisationen, Hochschulleitungen und -angehörige), sich weiter kritisch mit dem System der Forschungsfinanzierung auseinanderzusetzen und das mit der Frage der Bewertung von Forschungsleistungen zu verbinden, haben wir zwar aktiv aufgegriffen, sie reicht aber nicht aus.

Die Überhitzung des Drittmittelsystems muss in den Fokus der politischen Debatte gerückt werden, denn die Verschiebung zwischen Projektmitteln und Grundfinanzierung zugunsten befristeter Mittel hat dem Wissenschaftssystem und den Wissenschaftler:innen selbst massiv geschadet. Aus dieser Analyse und Kritik müssen politische Konsequenzen gezogen werden.

Mit dem Lernenden Manifest wurde ein Statement vorgelegt, das neben ei-

ner Analyse entsprechend auch konkrete Handlungsvorschläge für eine Weiterentwicklung des Systems macht.

Das Lernende Manifest im Spiegel öffentlicher Resonanz

Thorsten Wilhelmy, der Geschäftsführer der Einstein-Stiftung, hat in einem Beitrag in der *FAZ*, in dem er auch auf das Lernende Manifest Bezug nimmt, ein Aussetzen der Exzellenzstrategie zugunsten einer besserer Breitenförderung in die Debatte eingebracht.⁴ Den Vorschlag, den das Bündnis im Lernenden Manifest formuliert hat, die zeitlich befristeten Projektmittel wieder direkt als Grundmittel in die Hochschulhaushalte zu leiten, teilt Wilhelmy nicht. Ihm scheint das Risiko zu groß, dass die Landeshaushalte das Geld nur schlucken, also ihre Wissenschaftsetats entsprechend kürzen. Stattdessen greift er den Vorschlag des Wissenschaftsrats auf, die Overhead-Pauschalen für Projekte deutlich zu erhöhen. Die ehemalige Bundesforschungsministerin Annette Schavan geht davon aus, dass ein Aussetzen der Exzellenzstrategie auch ihr Ende wäre.⁵ Edelgard Bulmahn, ebenfalls ehemalige Bundesforschungsministerin, plädiert für die Fortsetzung der Exzellenzstrategie.⁶ Georg Schütte, Generalsekretär der VolkswagenStiftung, schlägt statt eines Aussetzens der Exzellenzstrategie vor, die Exzellenzlogik um eine Wirkungslogik zu ergänzen.⁷ Tilman Reitz plädiert dagegen für eine Umwidmung der Exzellenzmittel in die Grundhaushalte der Hochschulen, denn die milliardenschweren Exzellenzmittel würden dringend be-

Bundesministerium für Bildung und Forschung



nötigt, um die Betreuungssituation in der Lehre zu verbessern und um dem massiven Sanierungsstau zu begegnen.⁸

Learnings aus den Diskussionen der Veranstaltungsreihe und das Manifest 2.0

Seit dem Ende der Veranstaltungsreihe ist der Handlungsdruck auf die Politik noch gestiegen. Allein der Investitionsstau in Bezug auf die bauliche Wissenschaftsinfrastruktur wurde zuletzt von Hochschulsenatoren auf bis zu 140 Milliarden Euro taxiert. Zu seiner Deckung wurde ein Sondervermögen Infrastruktur in die Debatte eingebracht.⁹

Doch anstatt über den neuen Wissenschaftsausschuss der Kultusministerkonferenz (KMK) oder die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) länderübergreifend eine beherzte Investitions-offensive auf den Weg zu bringen, haben die ersten Länder drastische Sparmaßnahmen für die Wissenschaftsetats angekündigt.

Zurückhaltend ausgedrückt werden die Herausforderungen für die anstehenden Koalitionsverhandlungen damit nicht kleiner. Es muss verhindert wer-

den, dass sich das Übergewicht von Drittmitteln angesichts der finanziellen Engpässe und der angekündigten Sparhaushalte in mehreren Bundesländern mit den im Lernenden Manifest beschriebenen Folgen für die Wissenschaft weiter verschärft. **Nach den vorgezogenen Neuwahlen steht die künftige Bundesregierung vor der drängenden Aufgabe, die Wissenschaftsfinanzierung zu stabilisieren und hierbei den Anteil befristeter gewählter Projektfinanzierung aktiv zurückzufahren.**

Sie kann dabei von einer breiten Zustimmung der relevanten Akteure ausgehen. Denn trotz aller auch kontroversen Debatten unter den Diskussionspartner*innen aus wissenschaftlichen Institutionen und Verbänden konnten wir in unserer Veranstaltungsreihe einen breiten Konsens dahingehend feststellen, dass das System der Drittmittelinwerbung, das sich seit den 1990er Jahren herausgebildet hat, nicht länger tragfähig ist. Bei allen Differenzen in Bezug auf die Radikalität und die Konkretisierung anzustrebender Veränderungen kann als gesichert angesehen werden: **Um das System wieder in eine sinnvolle Balance zu bringen, sind erhebliche politische Veränderungen in der Struktur der Wis-**

senschaftsfinanzierung notwendig. Als Problem wurde zudem identifiziert, dass Grundmittel und Drittmittel einander dysfunktional ergänzen: Zu gering bemessene Overheads führen dazu, dass Hochschulen geförderte Projekte faktisch aus ihren Grundmitteln (für Gebäude, Verwaltung usw.) bezuschussen. Umgekehrt können Hochschulen mit besonders spärlicher Grundfinanzierung ihren Betrieb kurzfristig teilweise nur noch mit Projektmitteln aufrechterhalten.

Ein weiteres klares Learning aus den Diskussionen ist die Einsicht, dass der notwendige Einstieg des Bundes in die Grundfinanzierung der Forschung an Hochschulen nicht dazu führen darf, dass sich die Länder entsprechend aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen. In den Diskussionen wurde wiederholt die Sorge geäußert, dass Mittel, die der Bund den Ländern für die Hochschulfinanzierung zahlt, anderen Zwecken als der Finanzierung von Forschung und Lehre zugeführt werden, wie dies beim Zukunftsvertrag »Studium und Lehre stärken« oder beim Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses stellenweise zu beobachten sei. Hier müssen Vergabebewege und mögliche Sanktionen ge-

30. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz

Am 11. Januar fand in Berlin die 30. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz statt. Zur Finanzierung brauchen wir weiterhin Unterstützung.

Spenden unter jungewelt.de/rlk-spende

Spendenkonto:
Verlag 8. Mai GmbH,
Postbank Berlin
IBAN: DE50 1001 0010 0695 6821 00
BIC: PBNKDEFF
Verwendungszweck: RLK 2025

Das letzte Gefecht
Die Broschüre
30. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz
Sa., 11. Januar 2025
jungewelt

Die Broschüre zur Konferenz mit allen Referaten, der Podiumsdiskussion und zusätzlichen Beiträgen ist ab Ende März im Handel erhältlich.

Mit Beiträgen u. a. von Kwesi Pratt (Ghana), Clare Daly (Irland), Dietmar Dath (Deutschland), Yücel Demirer (Türkei), Peter Mertens (Belgien), Emilia Neurys Acuña Lemes und Katia Aruca Chaple (Kuba), George Rashmawi (Union der palästinensischen Gemeinden, Institutionen und Aktivitäten in Europa)

Verlag 8. Mai GmbH, ca. 80 Seiten

junge Welt

prüft werden. Da Transferzahlungen zwischen Bund und Ländern auch in anderen Bereichen stattfinden und auch der Zukunftsvertrag insgesamt funktioniert, sollte die Sorge vor Problemen nicht dazu führen, bereits den Versuch der Zusammenarbeit zu unterlassen. Unsere Forderung, die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern im Hochschulbereich zu überdenken, markiert grundsätzlichen Neuregelungsbedarf und wird durch Herausforderungen in der Umsetzung nicht obsolet.

Einigkeit bestand auch dahingehend, dass der Sanierungstau an den Hochschulen bereits zu erheblichen Einschränkungen führt und ein sofortiges Notprogramm erfordert. An einzelnen Orten stehen bereits Hochschulgebäude leer, weil sie nicht saniert wurden; stattdessen müssen kostspielig Alternativräume angemietet werden. Dieser Zustand ist betriebswirtschaftlich unsinnig und wissenschaftspolitisch unhaltbar. Erforderlich ist so schnell wie möglich ein Programm zur Auflösung des Investitionstaus, um weiteren Schaden von den Wissenschaftseinrichtungen abzuwenden. Diese Aufgabe ist absehbar nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund und Ländern zu bewältigen. Diese sollte idealerweise im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung adressiert werden.

Aber nicht nur Bund und Länder müssen ihre Anstrengungen für eine nachhaltige Finanzierung und gute Arbeit in der Wissenschaft erhöhen. Mehrfach wurde im Rahmen der Veranstaltungsreihe, aber auch generell in der politischen Debatte darauf hingewiesen, dass eine Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes allein keine Dauerstellen schaffen kann. **Die Wissenschaftseinrichtungen selbst sind aufgefordert, auch unabhängig von neuen Finanzierungsmodellen verlässliche Berufswegen in der Wissenschaft zu gestalten und den Anteil unbefristeter Arbeitsverträge deutlich zu erhöhen.** Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz lässt das explizit zu. Während Drittmittelprojekte an den Hochschulen fast ausschließlich mit befristet Beschäftigten durchgeführt werden, sind an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen unterschiedliche personalpolitische Strategien zu beobachten. Forschungseinrichtungen mit sehr hohen Anteilen an Drittmittelfinanzierung haben mitunter stabilere Stel-

lenstrukturen als Einrichtungen mit einer vergleichsweise stabilen Dauerfinanzierung. Die Diskussionen in der Veranstaltungsreihe kamen mehrfach zu dem Schluss, dass die Umsetzung von drittmittelfinanzierten Projekten durch unbefristet eingestelltes Personal offenkundig rechtlich und faktisch möglich ist, aber am Willen der Wissenschaftseinrichtungen scheitert. Auch Drittmittelgeber müssen zur Schaffung von mehr Dauerstellen einen Beitrag leisten. Wo in Wissenschaftseinrichtungen oder von Seiten der Zuwendungsgeber Hindernisse bestehen, Drittmittel zu poolen und für unbefristete Beschäftigung zu nutzen, müssen diese konsequent beseitigt werden. Öffentliche Drittmittelgeber tragen eine besondere Verantwortung, durch geeignete Förderbedingungen zum Ausbau unbefristeter Beschäftigung beizutragen.

Mehrfach wurde zudem deutlich, dass die Hochschulen für angewandte Wissenschaft eine Grundfinanzierung und dauerhafte Stellen(anteile) für Forschung brauchen. Der Aufbau stabiler Forschungskapazitäten ist ohne Veränderungen in der Finanzierungs- und Personalstruktur der HAWen kaum denkbar. Die im Lernenden Manifest formulierten Probleme, die mit einer übermäßigen Drittmittelabhängigkeit einhergehen, drohen an den HAWen umso schärfer durchzuschlagen, wenn keine Initiativen für die Schaffung und Absicherung grundfinanzierter Forschung unternommen werden.

Schließlich bestand dahingehend weitgehend Einigkeit, dass die momentane Stagnation der Studierendenzahlen genutzt werden sollte, um den Fokus auf die Studienqualität und eine bessere Betreuung zu richten. Insbesondere darf der Zukunftsvertrag »Studium und Lehre stärken« nicht mit Hinweis auf stagnierende oder sinkende Studierendenzahlen in Frage gestellt, sondern muss uneingeschränkt – auch über 2027 hinaus – fortgeführt werden. In den zurückliegenden Jahren stark gestiegener Studierendenzahlen haben sich die Studienqualität sowie das Betreuungsverhältnis von Lehrenden zu Studierenden teilweise erheblich verschlechtert. Politik und Hochschulen müssen jetzt die Chance nutzen, diese Qualitätsverluste auszugleichen.

Zu guter Letzt bestand Konsens darüber, dass die **Rolle der DFG**, die gegenwärtig auf die Verteilung öffentlicher

Mittel für befristete Forschungsprojekte orientiert ist, grundsätzlich diskutiert und neu bestimmt werden muss.

Dem Bündnis, dass das lernende Manifest formuliert, in die Debatte eingebracht und zum Manifest 2.0 weiterentwickelt hat, gehören an:

- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Deutsche Gesellschaft Juniorprofessur e. V. (DGJ)
- freier Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs)
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss)
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Das »Lernende Manifest« ist im kompletten Wortlaut auf www.bdwi.de veröffentlicht.

Anmerkungen

- 1) Vgl. <https://mittelbau.net/grundfinanzierung/>.
- 2) Vgl. https://mittelbau.net/wp-content/uploads/2024/05/Thesen-Grundfinanzierung-statt-Projektwettbewerb_FINAL-dt.pdf, siehe auch Abdruck in *Forum Wissenschaft* 2/2024: 47–48.
- 3) Vgl. <https://www.wissenschaftsrat.de/download/2023/1012-23>.
- 4) Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/forschungsfinanzierung-die-hochschulen-leiden-unter-dem-ueberhitzten-wettbewerb-19901779.html>.
- 5) Vgl. <https://table.media/research/standpunkt/ein-moratorium-waere-das-ende-der-exzellenzinitiative/>.
- 6) Vgl. <https://table.media/research/interview/edelgard-bulmahn-zur-exzellenzstrategie-ein-stillstand-waere-fatal/>.
- 7) Vgl. <https://table.media/research/standpunkt/eine-strategisch-begrundete-transformation-der-exzellenzstrategie-waere-der-richtige-weg/>.
- 8) Vgl. <https://mittelbau.net/nur-eine-wirkliche-wende-zur-grundfinanzierung-verspricht-sinnvolle-exzellenz-korrekturen-ein-kommentar-von-tilman-reitz/>.
- 9) Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/bildung/bildung-senatoren-sehen-hohen-investitionsbedarf-in-hochschulen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250201-930-362488>.

Sonja Bolenius leitet seit 2012 das Referat Hochschul- und Wissenschaftspolitik im DGB-Bundesvorstand.

Stefani Sonntag ist seit März 2018 Referentin für Hochschule und Forschung im GEW-Hauptvorstand.